

# BRIEF AUS BERLIN



Nr. 6 | 18. Februar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

mit dem folgenden Brief aus Berlin möchte ich Ihnen zu Ihrer freundlichen Information eine Übersicht zu den Neuigkeiten sowie inhaltlichen Debatten im Rahmen dieser Sitzungswoche aus dem Deutschen Bundestag vom **14. Februar bis 18. Februar 2022** geben.



## – Die Politische Lage in Deutschland –

### Schrittweise Corona-Lockerungen

**Diese Woche haben sich Bund und Länder auf umfangreiche Lockerungen hinsichtlich der Corona-Maßnahmen geeinigt.** In einem Dreischritt wollen Bund und Länder die Corona-Maßnahmen in Deutschland weitgehend aufheben. Innerhalb von etwa vier Wochen könnten demnach nahezu alle Maßnahmen wegfallen. Erleichterungen sind zunächst für private Treffen vorgesehen, an denen nur Geimpfte und Genesene teilnehmen. Außerdem soll die 2G-Regel im Einzelhandel gekippt werden. Die Bund-Länder-Beschlüssen sind ein wichtiger Schritt nach vorne.

### Die wichtigsten Änderungen lauten wie folgt:

- Bund und Länder haben am 16. Februar neue Corona-Vereinbarungen getroffen. Die Umsetzung der Beschlüsse liegt bei den Bundesländern.
- Bis zum 20. März sind drei Öffnungsschritte geplant. Ein umfassender Überblick befindet sich [hier](#).
- Als Erstes sollen die Kontaktbeschränkungen für Geimpfte und Genesene sowie die Zugangskontrollen im Einzelhandel entfallen. Ab dem 4. März sind Erleichterungen in der Gastronomie und bei Übernachtungen geplant.

# Öffnen in drei Schritten Verantwortungsbewusst und kontrolliert

## Schritt 1 ab sofort

### Private Zusammenkünfte

- Für Geimpfte und Genesene wieder ohne Begrenzung der Teilnehmerzahl möglich
- Für Ungeimpfte gilt bis 19. März weiterhin: eigener Haushalt + max. 2 Personen eines weiteren Haushalts\*

### Einzelhandel

- Keine Zugangsbeschränkungen und Kontrollen, aber weiterhin Masken tragen

## Schritt 2 ab 4. März 2022

### Gastronomie und Übernachtungsangebote

- 3G

### Diskotheken und Clubs öffnen

- 2G-Plus

### Großveranstaltungen

- 2G bzw. 2G-Plus
- Innen max. 60 % Auslastung und max. 6.000 Zuschauer
- Außen max. 75 % Auslastung und max. 25.000 Zuschauer

## Schritt 3 ab 20. März 2022

### Strengere Schutzmaßnahmen enden weitgehend

- z. B. Zugangsbeschränkungen

### Basisschutzmaßnahmen gelten weiter

- z. B. Maskenpflicht in Innenräumen

### Homeoffice-Pflicht endet

Bitte beachten Sie die konkreten Bestimmungen in Ihrem Land.

\* Kinder unter 14 Jahren werden nicht mitgezählt. © Bundesregierung

(Quelle: [www.Bundesregierung.de](http://www.Bundesregierung.de))

Die weitreichenden Öffnungen sind sehr wichtig für Gastronomie und Einzelhandel. Allerdings fehlen Entlastungen für Kinder und Jugendliche. Nach der Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollten für unter 18-jährige Maßnahmen im Freizeitbereich entfallen und sie sollten keine Einschränkungen mehr in Kauf nehmen müssen. Weiterhin werden wir verfolgen, ob die Ampel-Regierung eine Mehrheit in ihren eigenen Reihen für die Fortführung der Basisschutzmaßnahmen über den 19. März findet. Eine solche Grundlage ist Voraussetzung dafür, dass die Länder weiterhin gezielt Maßnahmen ergreifen können, um insbesondere vulnerable und ältere Bevölkerungsgruppen vor dem Coronavirus zu schützen.

## Hervorragender Medaillenspiegel der Deutschen Mannschaft bei Olympischen Winterspiele 2022

**Als sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion freut es mich natürlich ungemein, dass die Athletinnen und Athleten der deutschen Olympiamannschaft gegen Ende der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking im internationalen Medaillenspiegel so gut dastehen.** Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Olympischen Winterspiele bedingt durch die Corona-Pandemie bereits unter schwierigen Bedingungen gestartet sind. Aktuell landet Deutschland im Medaillenspiegel auf dem zweiten Platz. Besonders erfolgreich sind die deutschen Athletinnen und Athleten beim Skispringen, Biathlon sowie dem Bob-Sport. Norwegen hält derzeit die Spitzenreiter-Position. Insgesamt gibt es 109 Wettkämpfe, darunter 52 für Männer, und 46 für Frauen sowie elf Mixed-Wettbewerbe. Es gibt keine neuen Sportarten und Disziplinen, aber sieben neue Wettbewerbe im Vergleich zu Pyeongchang 2018. Deutschland ist dabei in allen Sportarten vertreten.

Die Kritik an der Menschenrechtssituation in China, die Diskriminierungen und Internierungen der Uiguren, und die brutale Vorgehensweise gegenüber Oppositionellen in Hongkong ist sehr berechtigt und muss auch nach wie vor deutlich artikuliert werden. Nichtsdestotrotz muss auch anerkannt werden, dass seit sieben Jahren bekannt ist, dass die Winterspiele in Peking stattfinden. Am Ende standen

nur zwei Austragungsorte – nämlich Peking und die Stadt Almaty in Kasachstan – zur Auswahl. Ich glaube auch, dass sich alle einig sind, dass die olympischen Winterspiele in Kasachstan zum jetzigen Zeitpunkt noch abstruser wären als in Peking. Abschließend drücke ich allen Sportlerinnen und Sportlern aus dem deutschen Team, die die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Olympischen Winterspiele in Peking vertreten, weiterhin fest die Daumen und wünsche Ihnen alles erdenklich Gute. Sie alle vollbringen dort eine herausragende Leistung. Am wichtigsten ist es, dass alle beteiligten Teilnehmerinnen und Teilnehmer gesund bleiben und wohlbehalten wieder nach Deutschland zurückkehren.

### Debatte um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht

**Auch mit Blick auf eine etwaige allgemeine Impfpflicht, die durch die Ampelregierung nun schon länger diskutiert wird, sind für meine Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie für mich selbst nach wie vor viele Fragen offen.** Ich möchte dabei betonen, dass ich dieses Thema als höchst sensibel einstufe, weshalb ich mir diesbezüglich schon lange einen konkreten Gesetzentwurf durch die Bundesregierung gewünscht hätte. Statt mehrere Wochen und inzwischen Monate darüber zu diskutieren und lediglich vage Andeutungen zu machen, hätte man schon konkrete Schritte unternehmen können und wichtige Fragen geklärt werden müssen. Um überhaupt über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht sinnvoll diskutieren zu können, müssen die Rahmenbedingungen geklärt sein. Es ist nach wie vor unklar, wie eine allgemeine Impfpflicht praxistauglich umgesetzt, kontrolliert und Verstöße dagegen im Ernstfall auch sanktioniert werden könnten. Unser Nachbarland Österreich hat beispielsweise ein nationales Impfregister, was eine verlässliche Datenlage zum Impfstatus der Bürgerinnen und Bürger liefert. In der Corona-Pandemie hat sich dieses Impfregister nun absolut bewährt. In Deutschland fehlt eine solche klare Datenlage.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben daher bei der neuen Bundesregierung einen Antrag zur Debatte um eine allgemeine Impfpflicht eingereicht, den ich ausdrücklich unterstütze. Darin fordern wir in Deutschland den Aufbau eines Impfregisters. Bevor weiter nur vage Andeutungen in Richtung einer allgemeinen Impfpflicht gemacht werden, brauchen wir handfeste Daten, auf die wir uns verlassen können. Die Regierung soll dazu ein Gesetz erarbeiten, dass sowohl praktikabel als auch verfassungskonform ist. Gleichzeitig soll auch die Impfkampagne weitergeführt werden.

Auch den Entwurf für ein Impfvorsorgegesetz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die darin enthaltenen erarbeiteten Stufenplan heiße ich vollumfänglich gut. Sollte sich die Corona-Lage verschärfen, kann damit angemessen reagiert werden. Denn eine allgemeine Impfpflicht gegen Corona würde uns jetzt im Moment nicht viel bringen, die Infektionszahlen sind bereits jetzt rekordverdächtig. Aber mit Blick auf den Herbst und Winter dieses Jahres könnte ein Impfvorsorgegesetz als angebrachte Lösung fungieren.

Durch einen weiteren Bundestagsbeschluss soll der „Impfmechanismus“ ausgelöst werden. Darin könnte dann auch eine Impfpflicht nur für bestimmte Gruppen enthalten sein. Auch spricht sich die Union für die Gründung einer „Taskforce“ aus, die die Schaffung der Infrastruktur in den Ländern und Durchführung des Bundestagsbeschlusses koordiniert. Dies bedeutet, dass Menschen, die älter als 50 beziehungsweise 60 Jahre sind, oder Beschäftigte in Schulen, Kitas und der kritischen Infrastrukturen sich dann gestaffelt impfen lassen müssten.

## **Ukrainekrise – unser Antrag „Russlands Politik mit der Geschlossenheit des Westens entgegentreten“**

**Am gestrigen Donnerstag, 17. Februar 2022 haben wir die hochkomplexe und gefährliche Situation in der Ukraine und die Haltung des Westens gegenüber Russland im Deutschen Bundestag diskutiert.**

Grundlage war u.a. unser Antrag mit dem Titel „Russlands Politik mit der Geschlossenheit des Westens entgegentreten“. Darin haben wir die Bundesregierung aufgefordert, ihren gefährlichen Schlingerkurs in der Russlandpolitik zu beenden. Dieser Kurs führt zu Irritationen bei den Nato- und EU-Partnern sowie bei Nachbarn und befreundeten Staaten. Wir verlangen von der Bundesregierung, dass Russland klar und unmissverständlich als Verursacher der angespannten Bedrohungssituation benannt und die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Der Bundeskanzler, Olaf Scholz, hat hier zu lange klare Worte vermissen lassen. So hat er es bei seinem Besuch in Washington dem US-Präsident Joe Biden überlassen, die Gaspipeline Nord Stream 2 ausdrücklich als Teil eines möglichen Sanktionspakets gegen Russland zu bezeichnen.

Darüber hinaus müssen die bestehenden Sanktionen gegenüber Russland so lange aufrechterhalten werden, bis Russland seine Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Abkommen vollumfänglich umsetzt und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim rückgängig macht. Da das Modell einer parlamentarischen Demokratie mit freier Presse und freien Gerichten von Russland offensichtlich als Bedrohung angesehen wird, dürfen wir nicht an der freien Entscheidung der Ukraine für eine Nato-Mitgliedschaft rütteln.

Deshalb muss sich die Bundesregierung für die vollständige Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine auf ihrem gesamten Staatsgebiet einsetzen und sie auf ihrem Weg zu einem modernen, demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlich starken, engen Partner von EU und Nato unterstützen. So ist die Solidarität in der Europäischen Union enorm wichtig, dennoch darf sich Deutschland weder von den USA noch von Russland instrumentalisieren lassen, sondern muss in der Außenpolitik seine eigenen Interessen definieren ohne einen Alleingang zu machen.

## **Debatte um die Bundesförderung der KfW für effiziente Gebäude.**

Das Klimaschutzministerium von Bundesminister Robert Habeck hat am 23. Januar 2022 mit sofortiger Wirkung die Bewilligung von Anträgen auf die Bundesförderung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für effiziente Gebäude gestoppt. Konkret betroffen sind die Neubauförderung der sogenannten Effizienzhäuser 55 und 40 sowie die Energetische Gebäudesanierung. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern haben sich auf diese Bundesförderung verlassen, weil sie sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen und diesen mit Klimaschutz verbinden wollten. Diese Entscheidung sehen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion als fatal an. Damit zeigt die Ampel, wohin die Reise geht: Vorschriften statt Förderung und Absagen statt Anreize.

Nach Bekanntwerden dieser Entscheidung des Bundesministers Dr. Robert Habecks habe ich mich deshalb über die Lokalzeitungen unserer Heimatregion an alle Betroffene gewendet. In meiner diesbezüglichen Pressemitteilung habe ich alle Betroffenen aufgefordert, sich bei mir zu melden und mir Informationen zum Projekt und der beantragten Fördersumme zukommen zu lassen. Insgesamt haben sich 80 Einrichtungen und Familien gemeldet, die alle Vorarbeiten zum Einreichen ihrer Förderanträge geleistet haben. In Summe kommen bei 134 Einzelprojekten rund 35 Millionen Euro an nicht erhaltender Förderung zusammen, darunter viele bauwillige Familien.

Die Entscheidung ist ein Schlag ins Gesicht für viele gewerblich Interessierten, Wohnungsbaugenossenschaften, Vereinen und vielen anderen vergleichbaren Akteuren. Zwar war das frühe Ende der Bundesförderung für das sogenannte Effizienzhaus (EH) 55 für den 31. Januar 2022 im Vorfeld bekannt gegeben worden, aber dass die Einstellung des Programms eine gesamte Woche früher und im Rahmen zusätzlicher Förderstopps geschieht, war unvorhersehbar. Mit dem abrupten Stopp der KfW-Förderprogramme für EH 55, EH 40 sowie für energetisches Sanieren wurden die Grundsätze des Vertrauens, der Verlässlichkeit und der Rechtssicherheit ad absurdum geführt.

Mit Blick auf den Klimaschutz, den wir uns als Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren mit noch größerem Fokus widmen sollten, bewerten wir die Baustandards der Energieeffizienzhäuser 55 und 40 durchwegs positiv und sehen damit wichtige und richtige Schritte in Richtung klimafreundliches Bauen. Umso überraschender ist die Entscheidung hinsichtlich des abrupten Förderstopps des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, den meine Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie ich selbst ablehnen.

Dass die anfangs versuchte Rechtfertigung des plötzlichen Förderstopps substanzlos war, zeigt sich spätestens jetzt mit den neuesten Medienberichten. Zur Wiederaufnahme des vorzeitig beendeten KfW-Programms für energetisches Sanieren EH 55 werden nun rund 9,5 Milliarden Euro durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bereitgestellt, um die bereits eingegangenen Förderanträge bearbeiten zu können. Des Weiteren werde laut neusten Berichten aktuell an einer neuen Gebädeförderung im Rahmen der Effizienzhausstufe 40 gearbeitet, für welche jedoch ein Deckel in Höhe einer Milliarde Euro geplant sei. Spätestens zum 1. Januar 2023 sollen schließlich neue Programme für klimafreundliches Bauen starten.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßen wir die nachträgliche Entscheidung des Bundesministers, die Bundesförderung zumindest im eingeschränkten Maße wieder aufzunehmen. Allerdings bleibt zerstörtes Vertrauen und verständliche Skepsis gegenüber der Politik. Meine Bundestagskolleginnen und Bundestagskollegen der CSU-Landegruppe im Deutschen Bundestag fordern daher mehr Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, die Bau- und Immobilienbranche. Es braucht eine tragfähige und vor allen Dingen eine solide und nachhaltige Folgeleistung für die Förderung energieeffizienter Gebäude. Wir brauchen dringend mehr Wohnraum und darüber hinaus auch mehr Eigentumsbildung, wofür ein umfassendes Programm notwendig ist, welches klimafreundliches Bauen erleichtert und klare Anreize dafür schafft.

### **Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen.**

Mit dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur „Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen“ präsentieren wir ein umfangreiches Gesamtpaket an Maßnahmen, um schnell auf die Nöte von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu reagieren.

Der politische Handlungsbedarf ist dringend – Die Bundesregierung hat bezüglich der drängenden Thematik wertvolle Zeit ungenutzt verstreichen lassen. Mit unserem Antrag bringen wir jetzt ganz konkrete Lösungsvorschläge ein. Unser Antrag gibt Verbrauchern tatsächlich und längerfristig Sicherheit: Dazu gehört die Streichung der EEG-Umlage, die reduzierte Umsatzsteuer für Strom-, Gas und Fernwärme sowie die extreme Reduktion der Stromsteuer von 20,5 EUR/MWh auf 1 EUR/MWh für private Nutzung senken Energiekosten für alle spürbar sofort und verlässlich.

Auch die kurzfristigen Kündigungen zahlreicher Stromanbieter nehmen wir in den Blick: Die Nachhaltigkeit und Solidität der Geschäftsmodelle der Versorger muss effektiv kontrolliert werden. Wer bereits gekündigt wurde, muss nun schnell Gewissheit darüber erhalten, ob dies rechtswidrig war und ein Anspruch auf Schadensersatz besteht. Die Tarife der Grundversorger sollten zukünftig eine faire Verteilung der Kostenbelastung von Neu- und Bestandskunden gewährleisten.

Meinen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagfraktion sowie mir selbst ist es wichtig, langfristige Lösungen zu finden, um die Verbraucherinnen und Verbraucher verlässlich entlasten zu können, weshalb ich den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr positiv sehe und ihn entschieden mittrage.

Sollten Sie mehr über meine Arbeit in Berlin und in meiner Heimat Altötting/Mühldorf am Inn wissen wollen, schauen Sie doch einfach auf meiner persönlichen Webseite vorbei: [www.mayer-stephan.de](http://www.mayer-stephan.de). Dort finden Sie Aktuelles, Persönliches und sind immer bestens informiert!

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung und wünsche Ihnen weiterhin viel Freude beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Stephan Mayer

---

**Mitglied des Deutschen Bundestages**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-74932  
Fax: 030-227-76781

E-Mail: [stephan.mayer@bundestag.de](mailto:stephan.mayer@bundestag.de)  
Web: [www.mayer-stephan.de](http://www.mayer-stephan.de)